

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Einzelgenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Plakatschriften ausgeschlossen. • Postfach-Ronto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Ronto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Zentrale Bochum, Biltorferstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Manifest

der Bergarbeiterinternationale.

An die Bergarbeiter der Welt!

Eine Wirtschaftskrise nie gekanntes Ausmaßes sucht die Völker der ganzen Welt heim. Dafür trägt die kapitalistische Gesellschaft die Verantwortung. Endgültig verschwinden werden die Krisen daher erst dann, wenn diese Gesellschaftsordnung, aus der sie hervorgehen, überwunden sein wird.

Trotzdem können die Mißstände, unter denen die Arbeiterschaft leidet, schon jetzt einigermaßen abgeschwächt werden. Die Möglichsteien dazu sind von den Arbeiterorganisationen eindeutig aufgezeigt worden, und sowohl die Sozialistische Arbeiterinternationale wie die Gewerkschaftsinternationale haben dafür klare Vorschläge ausgearbeitet. Aber die kapitalistischen Machthaber widersehen sich dem. Indessen nimmt die Krise zu und vermehrt die Leiden der Arbeiterschaft.

Die Wirtschaftskrise, die politischen Beunruhigungen, die Latentlosigkeit der Industrieführer und der Regierungen zeigen die Unfähigkeit des Bürgertums, die Gesellschaft zu retten, die im Begriffe steht, im Elend zu versinken.

Diese Unfähigkeit der bürgerlichen Machthaber gegenüber der Wirtschaftskrise zeigt sich auf allen Gebieten.

Ganz besonders tritt dies in der Kohlenindustrie hervor, deren Lage ganz besondere und tiefgreifende Maßnahmen erfordert.

Seit fünf Jahren hat die Bergarbeiterinternationale eine überschaubare Verfrächtigung der Kohlenländer gefordert, wodurch allein das internationale Kohlenproblem gelöst werden kann, soweit es überhaupt innerhalb des gegenwärtigen kapitalistischen Regimes möglich ist.

Unsere Aufrufe, unsere Entschlüsse und die unternommenen Schritte haben immerhin den Völkerbund zu ernsthaften Beratungen darüber veranlaßt.

Während die Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes sich den Grundfäden, auf denen unser Vorschlag aufgebaut ist, angeschlossen hat, leistet das Unternehmertum hartnäckigen Widerstand, und die Regierungen sehen nicht ihre ganze Autorität dafür ein, um eine Lösung herbeizuführen.

Vor der gesamten Bergarbeiterchaft aller Länder stellen wir dieses Verlangen der Unternehmer und der Regierungen fest.

Wir stellen ihre Unfähigkeit fest, die Mißstände, die ihre Kurzsichtigkeit herbeigeführt hat, auch nur teilweise zu beheben.

Daher fordert die Bergarbeiterinternationale die Verstaatlichung aller Bergwerke und ihre Ausbeutung zugunsten des Allgemeinwohls.

Auf dem Gebiete der Arbeitszeit fordern wir mit allen Gewerkschaften die Vierzigstundenswoche.

Weiter haben wir schon vor fünf Jahren unsere Forderung nach der Siebenstundenschieft formuliert.

Unsere Kämpfe auf diesem Gebiete haben zu einem internationalen Abkommen geführt, das uns zwar keine zureichende Genugtuung gibt, das aber jedenfalls den Grundsatz unserer Forderung anerkennt. Leider dauern die Widerstände gewisser Regierungen und der Unternehmer gegen die Inkraftsetzung dieses Abkommens an.

Diesen systematischen Widerstand gegen eine Verbesserung, die ebenso der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dient, wie sie der wirtschaftlichen Lage und den Grundsätzen der Menschlichkeit entspricht, klagen wir vor allen Arbeitern an.

Die Bergarbeiterinternationale appelliert an alle Bergarbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren, wodurch allein ihre Lebensbedingungen einem kurzfristigen Unternehmertum gegenüber und seinen Helfern in den bürgerlichen Regierungen wirksam verteidigt werden können.

Im Zeichen der kapitalistischen Krise.

Die Tragödie Ivar Kreugers (Krügers), der einer der bekanntesten internationalen Unternehmer und Kapitalisten war und sich vor kurzem in Paris eine Kugel in den Kopf jagte, hat einen tiefen Sinn, als ihr gemeinhin zugesprochen wurde. Der Schuß, mit dem dieser Mann, einer der exponiertesten Repräsentanten des Privatkapitalismus, sein Wirken beschloß, sollte mehr sein als die Tat eines Selbstmörders schlechthin; er sollte gleichzeitig eine Warnung sein an die ganze privatkapitalistische Wirtschaftsgesellschaft, daß ihr Gefahr droht: die Gefahr, daß der Mechanismus der privatkapitalistischen Wirtschaft zu versagen beginnt. Der Freitod dieses Mannes war die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß in bestimmten Situationen privatkapitalistischer Entwicklung die Weiterfunktion des privatkapitalistischen Wirtschaftsmechanismus an seiner eigenen privatkapitalistischen Umwelt seine Grenze findet. Mit anderen Worten: Kreuger sah sich plötzlich am Ende seiner privatkapitalistischen Wirtschaftskunst als Privatmann und Einzelindividuum, und hat deshalb seinen Platz verweist geräumt, um es der Wirtschaftsgesellschaft allgemein zu überlassen, den ins Stocken geratenen Mechanismus seines Gesamtunternehmens wieder flottzumachen. Symbolisch könnte man die Tat Kreugers deuten als die Kapitulation des Privatkapitalismus, vor dem sich aus der Entwicklung heraus als dringend notwendig und unabwendbar ausdehnenden Sozialismus.

Es ist doch so, daß nur durch Intervention und Hilfe des schwedischen Staates und die jetzt zwangsläufige Solidaritätsaktion der interessierten internationalen Privatkapitalisten das Kreuger-Unternehmen (das unter „normalen“ Verhältnissen völlig intakt weiterfunktioniert hätte) in seinen Grundformen erhalten werden kann. Das hindert aber nicht, daß immer noch ungeheure weltwirtschaftliche Werte der völligen Vernichtung anheimfallen, von der weiteren Zerstörung des Vertrauens im internationalen privatwirtschaftlichen Zusammenwirken gar nicht zu reden. Der Leidtragende bei dem Ganzen ist das internationale Proletariat, dessen Wohlergehen ja von dem Wohlergehen des Privatkapitalismus selbst abhängt, und dessen sozialwirtschaftliche Existenzbasis nach der guten und schlechten Seite hin bestimmt wird von der guten oder schlechten Funktion des internationalen privatkapitalistischen Wirtschaftsmechanismus. Und weil wir aus dem Studium der Zwangsläufigkeit des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems längst herausgefunden haben, was Ivar Kreuger jetzt in seiner privatkapitalistischen Praxis eines Tages feststellen mußte, daß die Funktion des Privatkapitalismus als Wirtschaftssystem eines Tages seine Grenze finden muß an dem Wirtschafts-(Profit-)streben der privaten Kapitalbesitzer, die nicht im Interesse der Weiterfunktion ihres Wirtschaftssystems, sondern nur im Interesse der — privat gesehen — besten Bewertung (Erzielung von Zins, Profit,

Dividende) ihres Kapitals dieses letztere im Wirtschaftsmechanismus einsetzen, deshalb ja auch von Anfang an unsere Forderung nach einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, die allein eine reibungslose Funktion des internationalen Wirtschaftsmechanismus gewährleistet und damit auch eine fortschreitende Steigerung des sozialen Reichtums für alle.

Unsere Privatkapitalisten selber sehen das alles zwar mit anderen Augen. Sie sprechen lediglich von „Opfern der Verhältnisse“, ohne sich Gedanken darüber zu machen, was denn diese „Verhältnisse“ erst bedingt und geschaffen hat, d. h., sie tun wohl so, als ob sie sich Gedanken machen und verweisen auf die nationalstaatliche, egoistische und individualistische Wirtschaftsisolierung — der andern! Sie selbst aber stecken ihre immer noch verfügbaren „überschüssigen“ Millionen in die Hitlerbewegung, deren Ziel ist, auf der extremsten Anschauung der bei den „ändern“ so verwerflich gefundenen Auffassung, eine ganze Staats- und Gesellschaftsordnung aufzubauen. Zum ändern sehen sie die heutigen Verhältnisse bedingt in einer „übertriebenen“ Lohn- und Sozialpolitik, weshalb ihre einzige Arbeit und ihr Zielstreben darin besteht, die Lohn- und sonstigen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft immer mehr zu verschlechtern. Es wird deshalb Zeit, daß die Forderung der Arbeiterorganisationen auf Enteignung der am Ende ihrer Kunst angelangten Privatkapitalisten und Verstaatlichung ihrer Unternehmen Erfüllung findet, damit endlich der vollen und arbeitserfindlichen Politik dieser Leute ein Ende gesetzt werden kann. Sie üben diese schädliche Politik geradezu aus Prinzip. Sie wollen Verschlechterung um der Verschlechterung willen, auch wenn damit für ihre Unternehmen nichts Nennenswertes herauskommt. Die Hauptfrage, wenn sie die Arbeiterschaft ihre Macht fühlen lassen können.

Um diese ihre Machtgelüste befriedigen zu können, gehen sie fast überall dazu über, wo sich ihnen Möglichkeit bietet, die Tarife zu kündigen. Zwar geschieht das vorerst nicht mit den Lohnstarfen, da ihnen die Haltung des Reichsarbeitsministeriums zu dieser Frage nicht ganz zuverlässig erscheint. Aber gerade darin, daß sie in Ermangelung einer Zusage des Reichsarbeitsministeriums bezüglich Lohnabbau nun — wie jetzt im Bergbau — als Ersatz hierfür die Rahmen- und Manteltarife kündigen, offenbart sich, daß es ihnen tatsächlich nur prinzipiell um die stete Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Kumpels zu tun ist. Oder soll damit nur zum Ausdruck gebracht werden, wie sehr die armen Zechenbesitzer in Druck wären, so daß sie schon verjucken müßten, auch um den kleinsten Erfolg den Arbeitern gegenüber zu ringen, vielleicht in der stillen Hoffnung, daß man sich in Kürze dann doch noch an maßgebender Stelle entschließen würde, auch auf lohnpolitischem Gebiete weitere Zugeständnisse in Aussicht zu stellen?

Kommt eine neue Unternehmeroffensive?

So wie im Bergbau scheint es auf der ganzen Linie zu sein. Als nämlich die große Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eine Regelung der Löhne und Gehälter vornahm, wurde die Höhe derselben nur für einige Monate befristet. Den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden wurde aufgegeben, in kürzester Frist die neuen Lohnsätze in die bestehenden Tarifverträge hineinzuarbeiten. Allgemein sollten die so umgestalteten Tarifverträge für die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den ersten Monaten dieses Jahres maßgebend sein. Ein sehr wichtiges Datum in der Geschichte der gewerkschaftlichen Kämpfe dürfte der 30. April 1932 sein. An diesem Tage endet die Gültigkeit von 75 Prozent aller Tarifverträge, die sich auf etwa acht Millionen Arbeiter erstrecken. Es gilt, die Blinde der Arbeiterschaft auf diesen wichtigen Zeitpunkt hinzuweisen.

In den Gewerkschaftsbüros sind umfangreiche Vorbereitungen zu den in Aussicht stehenden Verhandlungen getroffen worden. Dies um so mehr, weil von seiten fast aller Unternehmer deutlich das Bestreben zu beobachten ist, nicht nur die Lohnsätze, sondern auch die Bestimmungen der Rahmentarife, so wie man es jetzt im Bergbau versucht, neu zu regeln. Der Zweck dieser Bestrebungen ist sehr einfach zu verstehen. Die Rahmentarife sind im großen und ganzen seit längerer Zeit unverändert geblieben. Wichtige Bestimmungen derselben, wie die Urlaubsklausel u. a., waren den Unternehmern äußerst unbehaglich. Sie hatten die jetzige Krise für eine nie wiederkehrende Gelegenheit, einen Einbruch in diese Errungenschaften der Arbeiterschaft vorzunehmen. Natürlich gilt als Ziel, sowohl die Urlaubsklausel als auch die Bestimmungen über die Arbeitszeit und andere wichtige Bestandteile des Tarifvertrages zu verschlechtern. Scharf zu kritisieren ist in diesem Zusammenhang eine

Außerung des Reichsarbeitsministeriums, das wohl ganz allgemein eine weitere Lohnsenkung nicht für gut hält, aber folgende Einschränkung gelten läßt: „Berechtigt erscheint lediglich in einzelnen Berufszweigen die Anpassung der bisher gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne und Gehälter.“ Das klingt wie ein Wink für die Unternehmer, nicht allzu ängstlich in ihrer Lohnpolitik zu sein. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ sprach in Nr. 70 das aus, was viele Unternehmer hierzu denken:

„Die Ursachenkette der Wirtschaftskrise verläuft nicht nach der Rangfolge: Preisentzug und dann Lohnsenkung, sondern nach der umgekehrten: Lohnsenkung, also auch Lohnentzug, und dann im Rahmen des möglichen Preisentzug. Erst mit der Anerkennung dieser altbekannten Tatsache werden die verheerenden Folgen einer falschen Lohnpolitik als geistig und praktisch überwunden gelten können. Weiter wird es sich im Jahre 1932 um die Durchführung der Notwendigkeit handeln, die Kaufkraft vom Verbraucher von Massenbedarfsgegenständen auf den Verbraucher von Produktionsmitteln zu übertragen. Für die Bekämpfung und Überwindung einer Krise ist nicht so sehr die Kaufkraft der letzten Verbraucher, als vielmehr die Kaufkraft der Produzenten wesentlich. Um sie zu beleben, muß man diese zunächst entlasten. Durch eine Senkung der Lohnkosten geht dabei keineswegs Kaufkraft verloren; sie wird nur vom Arbeiter auf das Unternehmertum, vom Verbraucher von Massenbedarfsgegenständen auf den Verbraucher von Produktionsmitteln übertragen, der sie dann wieder in gesteigerte Arbeitsbeschäftigung umsetzt. Drückt man die Preise unter die Verdienstgrenze eines Betriebes ohne gleichzeitigen Ausgleich durch Lohnsenkung, so erzeugt man nur stillgelegte Betriebe und Erwerbslosigkeit.“

Das ist das Programm der Unternehmer! Es wird hier nicht mehr und nicht weniger als folgendes verlangt: Erneute Lohnsenkung und Erhöhung der Preise, denn wie soll anders die Kaufkraft der Ver-

braucher von Massenbedarfsägtern auf den Verbraucher von Produktionsmitteln zu übertragen sein, als durch die Erhöhung der Preise für Bedarfsüter und Gegenstände des täglichen Lebens. Eine ganz eindeutige Beweiskführung, die sich von den jahrzehntelangen Praktiken der Unternehmer nicht unterscheidet und wer weiß wie oft Schiffsbruch erlitten hat!

Die Herren Unternehmer wehren sich vor allem gegen die Verknüpfung der Lohnhöhe mit der Preishöhe. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ drückt das folgendermaßen aus:

„Die lohnpolitische Bedeutung des Jahres 1932

wird in dem Kampf um den Versuch bestehen, die These von der Gleichzeitigkeit und der gegenseitigen Bedingtheit von Lohn- und Preisentwertung und damit der Aufrechterhaltung der Einzelkraft des Lohnes aufrechtzuerhalten.“ Die gegenseitige Bedingtheit von Lohn- und Preisentwertung wird also von den Unternehmern bestritten.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte, wie erinnerlich, als Programm der Reichsregierung die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen festgelegt. In dem gleichen Ausmaß wie die Löhne, sollten auch die Preise heruntergesetzt werden, so daß die Realkaufkraft erhalten bleibt. Dieser gute Vorsatz der Regierung hat sich nicht verwirklichen lassen. Die ganze Preisentwertungsaktion ist ein großes Fiasko gewesen. Der Lebenshaltungsindeks hat sich von 130,4 im Dezember 1931 auf 122,3 im Februar 1932 gesenkt. Es ist also eine Preisentwertung der Lebenshaltungskosten von 7 1/2 Prozent eingetreten. Auf der anderen Seite war nach den eingehenden Berechnungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-

bundes eine Herabsetzung der Löhne um 12 Prozent im gemogenen Durchschnitt zu verzeichnen. Die gegenseitige Bedingtheit von Lohn- und Preisentwertung ist also auch in den letzten durch die Notverordnung verursachten Aktionen nicht erreicht worden. Man sollte annehmen, daß diese Mißerfolge des Regierungsprogramms die Unternehmer voll befrüchtigt hätten. Die Löhne sind in Deutschland seit 1930 des öfteren abgebaut worden. Trotzdem ist die Wirtschaftslage nicht besser geworden, sondern es läßt sich sogar nachweisen, daß sie sich nach jedem Lohnabbau verschlechterte. Die katastrophale Krisenentwicklung ist durch den Abbau der Löhne und Gehälter nicht im geringsten aufgehalten, sondern verschärft worden. Im allgemeinen sollen Erfahrungen klug machen. Auch im Wirtschaftskampf müßte dieser Grundfaß gelten. Die Unternehmer können das grausame Spiel mit der Verschlechterung der Lebenshaltung unmöglich fortsetzen.

Die Wirtschaft in Deutschland ist nicht durch dauernde Lasten der Lohn- und Gehaltsempfänger zu retten! Im Gegenteil vertrupelt diese immer mehr, je stärker die Massenkraft gedrosselt wird. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten verlangen mit aller Eindringlichkeit, daß mit den Lohn- und Gehaltsentwertungen endlich Schluß gemacht wird, und wenn die Unternehmer glauben, dann am Ende ihrer Wirtschaftskunst angekommen zu sein, dann muß der Staat selbst sich an ihre Stelle setzen! Dies Verlangen wird jedoch eine hohle Geste bleiben, wenn die organisatorische Kraft sich nicht in diesem Sinne durchzusetzen vermag. Die Zukunft gibt Gelegenheit, organisatorische Machtmittel einzusetzen. Möge die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft dies begreifen und zu gesteigerter Werbetätigkeit veranlaßt werden!

und die Großagrarien den Hitterismus reichlich mit Geld unterstützen. Fick, der neue Stinnes, Thyssen, der Zecher, Verbänd und viele andere Geldmacher lassen dem Nazihäuptling Millionen zufließen. Wilhelm der Letzte spendete 250 000 M., die er natürlich den deutschen Steuerzahlern geschuldet abgenommen hat. Das ist zwar nicht viel, aber man sieht, wer von Hitler erhofft. Die polnisch-oberschlesischen Gruben- und Hüttenbesitzer spendeten durch Generaldirektor Pieler von Ballestrem-Konzern sogar 40 Millionen Loty oder etwa 10 Millionen Mark. Der Kronprinz Wilhelm Festledruff, Generale, Admirale, Prinzen und sonstige Blaublüter, die betrübt sind, daß das Volk nichts mehr von ihnen wissen will — alle diese Wottel der wilhelminischen Zeit umschwärzen Hitlers Hakenkreuz, weil sie des Glaubens sind, daß sie durch dessen Hilfe wieder an die vollen Krippen und wieder das Volk mit gottbegnadeten Kartoffeln und Heringschwänzen füttern werden.

Die Landtagswahlen am 24. April sind für die Arbeiterschaft noch wichtiger als die Reichspräsidentenwahl. Denn in den Landtagen werden auch Gesetze beschlossen, die das Arbeiterleben nachhaltig beeinflussen. Jeder Landtagswähler muß wissen, daß die Politik bis in den Kochtopf reicht. Besteht die Landtagsmehrheit aus Reaktionären, dann leert sich der Kochtopf mehr und mehr. Das Gegenteil tritt ein, wenn die Gesetzgebung von einem fortschrittlich gesinnten Landtag beeinflusst wird, besonders, wenn die Arbeitnehmerschaft die Mehrheit der Mandat erobert. Danach zu trachten ist die wichtigste Pflicht auch der Bergarbeiters, schon deshalb, weil dem Landtag noch die Berggesetzgebung unterliegt. Darum muß der ganze Widsmach der Harzburger Front, muß der ganze Nazikumpatsch am 24. April so zusammengewürfelt werden, daß er nicht mehr aufsteht!

Hitler vor den Toren des Landtags.

„Es gibt in jedem Lande politische Karren, aber nur in Deutschland lassen sie sich organisieren“, sagte Professor Erit Nötting. Ein Urteil, das den Nagel auf den Kopf trifft. Nur in Deutschland ist eine solche politische Harlekinade wie der Hitlerismus möglich, denn selbst die Tschschei, Hitlers Vaterland, würde mit diesem Abenteurer kurzen Prozeß gemacht haben, wenn er dort eine solche Hege gegen die staatliche Ordnung versucht hätte, wie sie durch Severings Enthüllungen über die Hochverratsversuche der Nazis zur Machtergreifung am 13. März zutage trat.

Nachdem die Landstuchthäuser des Nazihäuptlings durch die Eisene Front am 10. April gesprengt wurden, sammeln sie sich erneut, um am 24. April den Landtag zu stürmen. Erneut müssen die Sünderharen des Großkapitals auf ihren Mißhausen zurückgeworfen werden, muß die freie Arbeiterbewegung ihren Mann stellen, um Hitlers Einfluß im Landtag auf das Minimum herabzubringen. Die Hochverratspartei muß so weit zurückgeworfen werden, daß ihre irreführenden Nachläufer endlich erkennen, auf welchem abgründigen Wege sie sich befinden.

Das Schicksal der italienischen Demokratie, der italienischen Arbeiterbewegung lehrt eindringlich, welche Gefahren dem Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung drohen. Der deutsche Faschismus, der Hitlerismus, würde ebenfalls keinen Augenblick zögern, die Gewerkschaften und ihre Erungenschaften mit Stumpf und Stiel auszurotten und klawische Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft aufzuzwingen. Wir Gewerkschafter haben also nicht nur viel, sondern alles zu verlieren. Jedes Streben um wirtschaftliche und kulturelle Besserstellung aller Arbeitnehmerkreise würde mit einigen Federstrichen aus der deutschen Geschichte gestrichen werden. Diese Schichten würden dann nichts weiter sein als eine recht- und willenlose Masse von Kulis, als eine Herde von Arbeitsdienstpflüchtigen unter Aufsicht brutaler Büttel. Der Unternehmer bliebe der Herr, nicht nur im eigenen Hause, sondern auch im Hause des Arbeiters. Die schlimmsten Zeiten der Leibeigenschaft würden ihre fröhliche Auserhebung feiern. Ein Arbeiter, der noch so stupide ist und das nicht begreift, hat ein solches Los vollauf verdient. Wenn also jemand sagt: „Mag alles zusammenbrechen, schlimmer kann es nicht kommen“, dann weiß er nicht, was alles er zu verlieren hat.

Die kapitalistische „Ordnung“ steht im Stadium der Verdämmerung. Der „Schwamm“ frißt schon am Fundament. Langtoll schaut der Kapitalismus nach einer rettenden Planke aus. Er fand sie im Hitlerismus, dem nationalen Irrsinn. Hitlerismus und Demokratie — das sind zwei Extreme, die sich nimmer anziehen werden, die auch nimmer im Burgfried nebeneinander haufen können. Das Bürgertum, das bislang die Broden vom kapitalistischen Tisch aufschneiden durfte, sieht seine Privilegien schwinden. Es fürchtet die frische, vom Eigennuß unversehrte Intelligenz des kulturhungrigen Proletariats. Es fürchtet den Sozialismus. Das ist der Grund, warum Millionen von bürgerlichen Wählern dem Organisator des Hochverrats nachlaufen. Das ist der Grund, warum die Wucht des Angriffs gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften gerichtet ist. Mit Hilfe bewaffneter SA-Banden hofft das Bürgertum die freie Arbeiterbewegung niederwerfen und die proletarische Intelligenz zurückdrängen zu können. Es weiß, daß die Demokratie der Vorhof zum Sozialismus ist. Es kennt z. B. den Vormarsch der Demokratie in Oesterreich. Der dortige Reichstag ist zu 43 Prozent sozialistisch. Das Bürgertum fürchtet, daß es bald 51 Prozent sein werden. Im Wiener Gemeinderat besteht die Mehrheit aus Sozialisten. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens stellen sie Herborrage, des und — o Schreck! — belasten die Besitzenden mit gerechten Steuern. Daher ist das Bürgertum der faschistischen Heimwehr so hold. Daher auch watschelt das deutsche Bürgertum in Hitlers Spuren, weil es dieselbe Entwicklung der Demokratie wie in Oesterreich fürchtet und aus heiliger Scheu vor gerecht verteilten Steuern das Kalb der Gewalt anbetet.

Zwar hat das Bürgertum einst bessere Politik betrieben. Das war um die Zeit der französischen Revolution und um 1848. Aber damals gab es noch kein organisiertes Proletariat. Damals galt es, die Vorherrschaft der Adelskaste zu brechen. Seitdem verschrieb sich das Bürgertum vollends dem Kapitalismus. In dessen goldenem Zeitalter durfte es sich sonnen. Vom Welt-

krieg erhoffte es das ersehnte Schlaraffia. Bis es mit Schreden gewahrte, daß es gemeinsam mit dem Kapitalismus am Abgrund stand. Da sah es sich nach Rettung um. Im Hitlerismus fand es das ersehnte Heil. Seitdem schimpft es laut auf das „System“, das zwar kein Spießher definieren kann, jedoch im dunklen Drange mit im Chor des Hakenkreuzes bellert.

Ein Blick in die Vorkriegszeit zeigt den Unterschied zwischen damals und heute in kultureller und politischer Hinsicht. Die Junkerkaste beherrschte damals die preußische Gesetzgebung. Die erste Wählerklasse, zu der auch die Bordellbesitzer gehörten, hatte den größten Geldbeutel, der sie berechtigte, die Gesetzgebungs-maschine nur zum Schutze ihrer eigenen Interessen zu lenken. Das Bürgertum, die zweite Klasse, unterlag dem Einfluß der allmächtigen ersten Wählerklasse. Die dritte Klasse, die gewaltige Masse der Arbeitnehmer, hatte gar nichts zu sagen. Wenn der Landtag trotzdem ein etwas fortschrittliches Gesetz beschloß, wurde das Gesetz vom Herrenhaus, das fast ausschließlich aus schwärzesten Reaktionären bestand, bis zur Unkenntlichkeit verkümmert. Als nach dem Kriege aus der Preußenregierung ein frischer Wind blies und Wollen hinwegfegte, setzte der Fortschritt auf allen Gebieten ein. Eine gewaltige Kulturarbeit leistete die preußische Regierung unter Otto Brauns Führung. Es würde aber zu weit führen, diese Arbeit hier im einzelnen aufzuführen.

Eine einzige Tatsache genügt jedoch, um auch dem harmlosesten Arbeitnehmer die Augen über die Nazibewegung zu öffnen. Und zwar ist es die Tatsache, daß die Großkapitalisten

Landtagswahlen am 24. April!

Am 24. April werden die Landesparlamente in Preußen, Württemberg, Bayern und Anhalt neu gewählt.

Die Entscheidung

soll fallen darüber, ob faschistisch-bolschewistische Gewaltmethoden in Zukunft das Schicksal des Volkes bestimmen, oder organisiertes, planvolles Handeln einer freien Arbeiterschaft. Diese Schicksalsfrage

geht uns alle an.

Wir fordern unsere Kameraden auf, sich in diesem Kampf zu stellen und unermüdetlich mitzuhelfen, daß alle Feinde der freien Demokratie und Anhänger brutaler Diktatur vernichtend geschlagen werden. Das ist möglich, wenn alle am 24. April ihre Stimme abgeben für

die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Dummheit und Fehler der SPD

In einer lehrreichen Broschüre „Gegen den Nationalkommunismus; Lehren des roten Volksentscheids“ untersucht Trotski die Geschichte der Volksentscheidstatistik der SPD. und ihre theoretischen Grundlagen und verdammt die SPD-Politik in Grund und Boden:

„Die Fehler der deutschen kommunistischen Partei in der Frage des Volksentscheids gehören zu jenen Fehlern, die je weiter, um so klarer werden und am Ende in die Lehrbücher der revolutionären Strategie eingehen als Muster dafür, was man nicht tun darf.“

In dem Verhalten des Zentralkomitees der deutschen kommunistischen Partei ist alles fehlerhaft: Falsch die Einschätzung der Situation, falsch das nächste Ziel gestellt, falsch die Wahl der Mittel zu seiner Erreichung. Nebenbei hat es die Parteilichkeit verhandelt, alle jene „Prinzipien“ umzuküßeln, die sie während der letzten Jahre predigte.“

Trotski macht sich lustig über das „Ultimativ“-Schreiben der SPD. vom 21. Juli 1931 an die sozialdemokratischen Mitglieder der preußischen Regierung:

„Ist die Sozialdemokratie nur eine Art des Faschismus, wie kann man dann Sozialfaschisten offiziell die Forderung der gemeinsamen Verteidigung der Demokratie stellen?“

Ob man den Volksentscheid „rot“ statt „braun“ nennt, ist unwesentlich. Die Tatsache bleibt bestehen:

„In einer bestimmten Kampagne hat die Stalinische Bürokratie die revolutionären Arbeiter in eine Einheitsfront mit der Nationalsozialisten gegen die Sozialdemokratie hineingezerrt.“

Trotski analysiert die „Einheitsfronttaktik“ der SPD. und stellt fest, daß die SPD. keine Veranlassung hatte, „den Faschisten zu helfen, die Stiele von Brüning und Braun einzunehmen“. Es sei unsinnig, den roten Volksentscheid als eine

...entschiedene Anwendung der Einheitsfrontpolitik (!) mit den sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern darzustellen. Auf welche Weise die Beteiligung am Volksentscheid Schulter an Schulter mit den Faschisten gegen Sozialdemokratie und Zentrum die Anwendung der Einheitsfrontpolitik mit den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern ist, das wird kein proletarischer Schädel begreifen können.“

Man müsse endlich aufhören, die SPD. zu brandmarken. Das sei eine „Dummheit, die die Kommunisten selbst immer wieder verwirrt. Je eher man mit diesem Blödsinn Schluß mache, desto besser.“ Trotski empfiehlt den Kommunisten folgende Taktik:

„Am das feste, unzerstörbare Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterschaft zu erobern, müssen wir uns vor allem hüten, ihr Sand in die Augen zu streuen, unsere Kräfte zu überstreben, die Augen vor den Tatsachen zu schließen oder — was noch schlechter ist — sie zu entstellen. Man muß aussprechen, was ist. Die Feinde läuschen wir nicht, sie haben tausende Organe zur Überprüfung. Die Arbeiterschaft betrügend, betrügen wir uns selbst.“

Ein Charakterstudium der SPD.

Auf der Schachtanlage Graf Schwerin im Ruhrgebiet gab die SPD. im letzten Jahre eine Betriebszeitung mit folgender Warnung heraus:

„Achtung! Fälscher am Werk!“

Kameraden, auf unserer Schachtanlage hat der ehemalige Kommunist Karl Saewe seine Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl mit „Gewerkschaftsopposition“ gekennzeichnet. Das ist eine bewußte Irreführung der Kameraden, um sich auf diese Weise ein Mandat zu sichern. Was ist mit Saewe los? Saewe ist wegen Schädigung der Arbeiterinteressen und großen Diebstahls, unproletarischen Verhaltens, Nichtdurchführung der Beschlüsse der Partei und der SPD., deren Funktionär er war, zuerst gewarnt worden — und als das nichts mehr nützte, wurde er aus der SPD. ausgeschlossen. Saewe sollte seinen Mandat niederlegen, er tat es jedoch nicht, er klebt an seinem Posten wie eine Klette. Nun versucht er mit gemeinem Betrug, die Sympathie der Kameraden der SPD. für sich zu mißbrauchen.

Kumpels, gebt ihm die Antwort! Zeigt ihm, daß ihr für einen Verräter an den Interessen der Arbeiter, für einen gemeinen Postenjäger nur die größte Verachtung übrig habt. Keine Stimme den Saewe u. Co.!

Und was ist Saewe heute? Saewe ist Kandidat der SPD.-Liste! So sehen die kommunistischen Künste in der Praxis aus. Zuerst warnt man vor einem Verräter und Postenjäger und hinterher stellt man diesen Mann als Kandidaten auf. Höher gehts nimmer!

Eine Arbeitstagung unserer Internationale.

Die ständige Verschlimmerung der Not in den Bergbauländern aller Länder gab den Anlaß für die am 4. und 5. April in Brüssel abgehaltene Tagung des Exekutivkomitees des Internationalen Bergarbeiterverbandes ab. Da es stellenweise schon zu Verzweiflungsausbrüchen, wie in der Tschechoslowakei und Polen, gekommen ist, jedenfalls die politischen und sozialen Schwierigkeiten allenthalben sehr groß sind, war einigen Delegationen die Teilnahme unmöglich geworden. Immerhin waren die Bergarbeiter der Hauptkohlenländer vertreten, bildet doch die Kohlenfrage geradezu das Schlüsselproblem aller internationalen Bergbaufragen.

Ehrung Heinrich Limberg.

Für die deutschen Vertreter galt es zunächst, eine unsagbar traurige Pflicht zu erfüllen: den vielen internationalen Freunden und Verehrern unseres heimgegangenen Heinrich Limberg die Kunde von seinem Ableben zu übermitteln. Der Vorsitzende der Internationale, der belgische Kamerad Desjardins, widmete dem Verstorbenen, dessen Namen weit über die Grenzen seines Landes hinaus Klang und Geltung besaß, einen herzlich empfundenen Nachruf. Heinrich Limberg hat zehn Jahre lang als Otto Hues Nachfolger die Beratungen des Internationalen Bergarbeiterkomitees, dessen ständiges Mitglied er war, mit seinen vielfältigen gewerkschaftlichen und politischen Erfahrungen bereichert und dabei allgemeine Anerkennung und Achtung gefunden. Der deutsche Bergarbeiterverband konnte stolz darauf sein, daß es einer der Seinen war, der sich eine so aufrechte internationale Anerkennung erwerben durfte. Mit seinem internationalen Wirken für die Lebensrechte der Bergarbeiter war er gleichzeitig ein Wortführer der Völkerverständigung und des Völkerefriedens. In diesem Dienste hat er sich verzehrt, weil er das Höchste ersehnte, die Arbeit eines ganzen Lebens und die unerschütterliche Liebe zum Mitmenschen.

Wie es in den Bergbauländern aussieht.

Der sachlichen Aussprache in den zweitägigen Sitzungen des Komitees lagen Berichte des internationalen Sekretärs Defaitre und der einzelnen Ländervertreter zugrunde. Wahre Hubschotzhaften waren es, die aus den Bergbauländern berichtet wurden.

Der Führer der deutschen Delegation, unser Verbandsvorsitzender Fröh Husemann, erstattete einen ausführlichen Bericht über die Lage im Deutschen Bergbau, der durch die ungeschwächte Aufzählung der Tatsachen einen starken Eindruck machte. Im einzelnen ging Husemann vor allem näher auf den dem Deutschen Reichstage vorgelegten Verstaatlichungsantrag für die Montanindustrie ein und betonte, daß dieser Antrag nicht aus der Theorie, sondern aus der bitteren Erkenntnis geboren sei, daß die privatwirtschaftlichen Machthaber im Bergbau die Dinge, namentlich in ihrer jetzigen kritischen Zuspitzung nicht mehr meistern können. Aus diesem Grunde muß die Verstaatlichung mit als eine der Voraussetzungen betrachtet werden, die nicht nur zur Besserung der Lage in den einzelnen Ländern, sondern auch zur Besserung der internationalen Lage der Kohlenindustrie und der anderen Bergbauarten dringend erforderlich ist.

Nächst Deutschland wütet die Kohlenkrise besonders heftig in den beiden Hauptexportländern: England, Polen. Wenn es bis jetzt in England noch zu keinen Lohnkürzungen gekommen ist, so liegt das daran, daß der Lohnstand durch ein noch von der letzten Arbeiterregierung erlassenes Gesetz bis Mitte 1932 gesichert ist. Durch die politischen Veränderungen in England seit dem Sturz der britischen Arbeiterregierung haben sich die sozialen Verhältnisse in der Montanindustrie aber ständig verschlechtert. Dazu kommt, daß auch der Organisationsgrad infolge der Krise nicht in allen englischen Revieren die frühere Höhe gehalten hat. Jedenfalls sehen die englischen Bergarbeiter der nächsten Zukunft im Hinblick auf den im Juli erfolgenden Ablauf des Lohn- und Arbeitszeitgesetzes mit großer Sorge, aber auch mit der Entschlossenheit entgegen, dem schon angekündigten Generalangriff der englischen Hakenarbeiter Widerstand zu leisten.

Der Bericht des polnischen Delegierten ähnelte in seinem Hauptteil mehr einem Polizeibericht. Die polnischen Bergarbeiter haben einen großen Kampf gegen Lohnsenkung und Massentlassungen ergebnislos abbrechen müssen. Dazu hat in diesem Lande der Diktator Pilsudski der von den Behörden geübte Terror sehr viel beigetragen. Während des Streits sind Hunderte von Mitgliedern des polnischen Verbandes verhaftet worden und im Kampfe mit der Polizei mußten sieben Arbeiter ihr Leben lassen. Die Bekämpfung der Kohlenkrise mit dem Polizeinüppel und blauen Wölfen ist eine Methode, die anderswo noch nicht angewendet worden ist und auch kaum einen nachhaltigen Erfolg haben wird. Mit verbitterten und geschlagenen Arbeitern gibt es keine Krisenüberwindung.

Die Berichte aus den übrigen Ländern ließen erkennen, daß auch dort, wo bisher noch ein verhältnismäßig günstiger Beschäftigungsstand zu halten war, die Krise inzwischen mit verheerender Wucht hereingebrochen ist. Frankreich, Belgien, Holland, also die Deutschland benachbarten Bergbauländer, auch sie sind jetzt von den Krisenstürmen geschüttelt, ebenso wie die östlichen Länder. Dazu kommen große politische Beforgnisse, die besonders ausgeprägt aus den Darlegungen des österreichischen Vertreters hervorklangen.

Keine Resignation — sondern Widerstand.

Wenn manche Ausführungen der Bergarbeitervertreter schon manchmal nahe an Resignation heranreichten, so wurde doch abschließend einhellig festgestellt, daß zur Resignation immerhin noch kein Anlaß sei. Kamerad Dr. Berger hob dabei hervor, daß nicht die Methoden und die Politik der Bergarbeiterinternationale Schiffbruch erlitten haben, sondern die Methoden und die Politik der kapitalistischen Gegner, national und international. Zu all den wirtschaftlichen Gegenständen käme bedauerlicherweise auch eine stark angepannte außenpolitische Atmosphäre, deren baldige Bereinigung unumgänglich ist. Daneben aber müßten die Wege weiter verfolgt werden, die beim Völkerbund und beim Internationalen Arbeitsamt in wirksamer Weise

schon eingeleitet worden sind. Dazu bieten die bevorstehenden Beratungen des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes wie auch die bevorstehende Regierungskonferenz der sieben Hauptkohlenländer in Genf eine willkommene Gelegenheit. Es muß veranlaßt werden, daß die Stimme der Bergarbeiter bei diesen Veranstaltungen nicht ungehört bleibt.

In diesem Sinne verabschiedete das Internationale Bergarbeiterkomitee zwei Entschlüsse. Die eine davon wendet sich an den Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes und verlangt eine nochmalige Intervention des Völkerbundes bei den Regierungen, damit endlich das in früheren Beratungen ins Auge gefaßte Verständigungsabkommen verwirklicht werde. Wenn die Unternehmer ihre Mitwirkung daran verweigern, so müssen die Regierungen von sich aus die eingeleiteten Bemühungen zu Ende führen. Die andere Entschlüsse ist an das Internationale Arbeitsamt und an dessen Verwaltungsrat gerichtet, um eine beschleunigte Inkraftsetzung des Genfer Arbeitszeitabkommens von 1931 zu erwirken. Die Bergarbeiterinternationale verlangt, daß in jedem Falle die Verantwortlichkeiten für eine weitere Verzögerung vor aller Welt eindeutig festgestellt werden, damit nicht die eine Regierung sich auf die andere hinausredet kann.

Zur Bekräftigung der Forderung der Internationale ist die Abhaltung einer großen internationalen Demonstration in Gestalt eines Internationalen Bergmannstages

beschlossen worden. Für diesen Tag wird der Internationale Bergarbeiterkongress, der am 2. August in London eröffnet wird, den Auftakt bilden. Die großen Demonstrationen, deren Form von den Landesverbänden bestimmt werden soll, werden am 4. September 1932 stattfinden.

Die Welt soll die Stimme der Bergarbeiter hören, das ist der Zweck dieser Demonstrationen. Neue Mittkämpfer um die alten Fahren zu führen, den Kampf um die Erfüllung der Bergarbeiterforderungen anzuknüpfen ist das Ziel.

In diesem Sinne wurde ein Appell an alle Bergarbeiter der Welt in Gestalt eines internationalen Manifestes beschließen, dessen Text wir auf der ersten Seite dieser Zeitung veröffentlichen.

Bei den geschäftlichen Beratungen wurden noch einige Vorbereitungen für den Londoner Kongress getroffen. Kamerad August Schmidt von unserem Verbands gab alsdann im Anschluß an den Bericht des polnischen Delegierten näheren Aufschluß über die Lage in Deutsch-Oberschlesien, die ja von den Vorgängen in Polen nicht unbeeinflusst ist.

Als weiterer Beschluß der Internationale ist noch zu erwähnen, daß das bisherige Internationale Bulletin nicht mehr in der bisherigen Form erscheinen wird, sondern daß stattdessen das internationale Sekretariat eine internationale Bergarbeiterkorrespondenz herausgeben wird, die in den Verbänden der einzelnen Länder mit zum Ausdruck gelangen kann.

Die Preußische Bergwerks- und Hütten-AG. im Krisenjahr 1931.

Die schwere Wirtschaftskrise drückt auch der Bilanz der Preußag für das am 31. Dezember 1931 abgelaufene letzte Geschäftsjahr ihren Stempel auf. Die Aktien der Preußag befinden sich bekanntlich restlos im Besitz des preußischen Staates, der in den Generalversammlungen dieses Unternehmens, worin ein Teil der staatlichen Bergwerks-, Erz-, Hütten- und Bernsteinbetriebe zusammengefaßt sind, sein Stimmrecht als Aktionär durch den Minister für Handel und Gewerbe und den Finanzminister zu gleichen Teilen ausüben läßt. Somit ist der Einfluß des preußischen Staates auf dieses in privatwirtschaftlicher Form betriebene Unternehmen in jeder Hinsicht gewährleistet.

Das Geschäftsergebnis der Preußag im abgelaufenen Krisenjahr, welches zwar mit einem Verlust in Höhe von 824 477 M. abschließt, ist gemessen an den entsprechenden Bilanzergebnissen privatwirtschaftlicher Betriebe, durchaus nicht enttäuschend, ja sogar bei sachlicher Beurteilung der besonderen Verhältnisse bei der Preußag als Staatsunternehmen kann ohne weiteres behauptet werden, daß die Werte der Preußag im Krisenjahr 1931 viel günstiger abgefallen haben als die meisten privatwirtschaftlichen Unternehmen. In erster Linie sind es sozialpolitische Gründe, welche die Verwaltung der Preußag veranlassen, eine Reihe von Betrieben durchzuschleppen, die „rein wirtschaftlich gesehen“, wie der Bericht der Preußag sagt, schon lange reif für die Stilllegung sind. In der privatkapitalistischen Wirtschaft wären sie auch schon längst stillgelegt. Daß derartige Zuschußbetriebe, die aber einer großen Zahl von Arbeitern noch eine Existenzmöglichkeit in schwerer Zeit geben, gerade in der heutigen Wirtschaftskrise als schwerwiegender Ballast für die Preußag auswirken, ist ohne weiteres verständlich.

Die Belegschaftszahl reduzierte sich von 28 357 im Jahre 1930 auf 24 657 Arbeiter im Jahre 1931. Das entspricht einem Rückgang von 13 Prozent. Die Zahl der Beamten und Angestellten betrug 2209 im Jahre 1930 und ging bis Ende 1931 auf 2079 zurück, also ein Rückgang von nur 6 Prozent.

Die starken sozialpolitischen Interessen der Preußag als staatliches Unternehmen treten markant in Erscheinung, wenn man diesen Zahlen den Belegschaftsabbau einiger unserer großen Montankonzerne bis zum 30. September 1931 gegenüberstellt, die also das letzte besonders ungünstige Vierteljahr 1931 — bei der Preußag ist es mit eingekalkuliert — noch nicht ausgewiesen haben. Es ergibt sich da folgendes Bild:

	1930	1931	Rückgang in Prozent
Fr. Krupp	57 541	44 107	23,25
Ber. Stahlwerke	151 067	110 738	26,69
Gutehoffnungshütte	28 857	22 753	21,15

Die Zuschußbetriebe der Preußag — in erster Linie sind es die Berg- und Hüttenwerke im Harz und die Bernsteinwerke in Ostpreußen — verursachten im Jahre 1931 einen Verlust von 4,09 Mill. M., der sich gegenüber dem Vorjahre in Höhe von 4,78 Mill. M. also etwas verringert hat. Der preußische Staat hat naturgemäß kein Interesse daran, diese Betriebe stilllegen zu lassen, um damit die Arbeitslosigkeit noch zu vergrößern. Handelt es sich hier doch um Landesgebiete, wo die Bevölkerung ohnehin schon durch die Wirtschaftsnot besonders

arg bedrückt wird. Die Preußag verfolgt allerdings von der Perspektive der bilanzmäßigen Ertragsrechnung das Bestreben, sich von der Belastung dieser Zuschußbetriebe freizumachen; der Staat soll die Kosten hierfür übernehmen, weil es nur volkswirtschaftliche Gründe sind, die für die Inbetriebhaltung dieser Arbeitsstätten ausschlaggebend sind. Wir wollen hoffen, daß sich auch weiterhin die Stilllegungen dieser Betriebe vermeiden lassen, und es zu einer Verständigung zwischen dem Staat und der Preußag kommt. Ohne diese Zuschußbetriebe würde die Preußag mit einem Gewinn von 3,269 Mill. M. abschließen, trotzdem der Gesamtumsatz von 122,78 Mill. M. im Vorjahre auf 97,01 Mill. Mark im Jahre 1931 zurückgegangen ist.

Das Bruttoertragnis 1931 beträgt 10,40 Mill. M. (i. B. 17,26). Unkosten und Steuern beanspruchten 4,11 Mill. M. (i. B. 5,68). An Abschreibungen wurden für das abgelaufene Geschäftsjahr 7,72 Mill. M. vorgenommen. Gegenüber dem Vorjahre hat sich die Abschreibungssumme um nur 450 000 M. ermäßigt. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Preußag die Abschreibungen bis auf den relativ kleinen Rest von 825 000 M. verdient hat, während beispielsweise die Ber. Stahlwerke bei einer Halbierung der ohnehin schon fargen Abschreibungen des Vorjahres auch nicht im entferntesten die letztjährige stark reduzierte Abschreibungssumme herauswirtschaften könnten. Neben den laufenden Abschreibungen hat die Preußag noch einmalige Sonderabschreibungen auf Materialien, Produkte usw. vorgenommen, die mit der Stilllegung von Betrieben und der Auswirkung der Notverordnung in Zusammenhang zu bringen sind. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden dem außerordentlichen Reservefonds entnommen, der sich in der Bilanz von 6 Mill. M. auf 1,23 Mill. M. vermindert.

Das Ausbauprogramm ist im Jahre 1931 zum Abschluß gelangt. Nach dem Kriege und in der darauffolgenden Auswirkung der Inflation galt es, ein heruntergewirtschaftetes Unternehmen wieder aufzurichten. In sieben Jahren unermüdlicher Arbeit ist das nunmehr gelungen, wobei man etwa 110 Mill. M. an Investitionen aufgewendet hat. Nach im vorigen Jahre wurden für Neuanlagen 10,361 Mill. M. ausgegeben, in der Hauptfache handelte es sich hierbei um Beiträge für den Ausbau der Werke Hindenburg, Bleicherode und dem neuen Schacht Abbenbüren. Durch die Beteiligung der Preußag an der Gewerkschaft Waddeler Eisenberg (Corbach), durch die eine Wiederherstellung des heftigen Goldbergbaues erreicht werden soll, glaube man als staatlicher Bergbaubetrieb einer wichtigen Aufgabe für die deutsche Volkswirtschaft gerecht zu werden.

Von diesen Seiten — vor allem geschieht das gern von privatkapitalistischen Unternehmern — wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die günstige Lage der Preußag, wie sie in den Bilanzen zum Ausdruck kommt, auf Steuerprivilegien zurückzuführen, und dieses staatliche Unternehmen dadurch reinen Privatgesellschaften gegenüber sehr im Vorteil sei. Das ist aber durchaus unzutreffend. Die Preußag muß alle laufenden Steuern wie jede Privatgesellschaft zahlen, lediglich von der Vermögenssteuer ist sie befreit. Diese Erleichterung ist aber unbedeutend und fällt kaum ins Gewicht. Sie wird jedenfalls um ein Vielfaches durch die soziale Belastung aus den oben erwähnten Zuschußbetrieben aufgewogen, für die es in der privatkapitalistischen Wirtschaft kein Verständnis gibt.

Für Verstaatlichung des Bergbaues

In drei großen Kundgebungen, und zwar im Gasthof „Zum Edelstein“ in Waldenburg, im Gasthof „Zur Eisenbahn“ in Fella Hammer und im „Volkshaus“ in Rennerbrunn (Kreis Neudorf) tagten am 3. April die Funktionäre des Bezirks Waldburg, welche zur Verstaatlichung des Bergbaues Stellung nahmen.

Bezirksleiter Hoffmann und Bezirkssekretär Möhle legten in einem Referat die Gründe dar, die die Reichskonferenz bewogen haben, die vom Verband seit Jahrzehnten vertretene Forderung auf Verstaatlichung des Bergbaues erneut zu erheben. Einleitend gingen sie auf die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf den Bergbau ein. Sie zeigten weiter, wie der Schrumpfungsprozeß auch den Bergbau erfaßt und wie darüber hinaus durch Zusammenlegung der Werke und Einführung neuer Arbeitsmethoden die Belegschaftszahl viel stärker gesunken ist als die Produktion. Durch Fehlleihungen von Kapital hat der Bergbau in außerordentlich starker Weise gelitten. Sie sind zum größten Teil daran schuld, daß sich der soziale Druck auf die Arbeiter und Angestellten verstärkt hat. Die Redner legten dar, daß gerade die Kameraden im niederschlesischen Steinkohlenbergbau ein besonderes Interesse an der Verstaatlichung des Bergbaues haben, da die Gefahr besteht, daß der niederschlesische Bergbau nach und nach als konkurrenzunfähig aus der Reihe der Bergbaureviere ausgeschlossen wird.

Um den Beschluß der Reichskonferenz durchzuführen, wandte sich der Vorstand an diejenige Partei, die im Parlament praktisch die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Diese hat daraufhin einen Gesetzentwurf eingebracht, der ausführlich erläutert wurde. Dieser sieht die Verstaatlichung des Bergbaues vor.

Die versammelten Funktionäre sprechen die Erwartung aus, daß der Gesetzentwurf nicht nur eingebracht, sondern daß er Gesetzeskraft erhält und beschleunigt durchgeführt wird.

Die Kundgebungen fanden ihren Niederschlag in der Annahme folgender Entschlüsse:

„Die wirtschaftliche Lage des deutschen Bergbaues zwingt zu außerordentlichen Maßnahmen. Durch die übermäßig starke Rationalisierung sind Hunderttausende von Bergarbeitern arbeitslos und existenzlos geworden. Die starken Fehlleihungen von Kapital, die eine Verzinsung, welche zu der Wirtschaftlichkeit der Betriebe in keinem Verhältnis steht, erfordern, verstärken den sozialen Druck auf Arbeiter und Angestellte.“

Der Konkurrenzkampf der Bergbaureviere und der bergbauretreibenden Länder untereinander führt zu einem System der Antreiberei, der das Arbeiten in den Bergwerken zur Qual macht. Dadurch, daß in erster Linie ältere Bergarbeiter zur Entlassung kommen, werden die knappschafflichen Einrichtungen auf das Äußerste gefährdet. Dieser Zustand ist nur zu bekämpfen, wenn der Bergbau in einer Hand vereinigt wird. Die Kundgebungen begrüßen es, daß die Reichstagsfraktion der SPD. einen Gesetzentwurf eingebracht hat, der die Verstaatlichung des deutschen Bergbaues zum Ziele hat. Sie fordern vom Reichstag und von der deutschen Reichsregierung, daß sie bemüht sind, dem Entwurf Gesetzeskraft zu geben und ihn beschleunigt durchzuführen.“

Die Bergarbeiter haben während der Zeit der Kohlennot nach dem Kriege ihre eigenen Interessen denen der Allgemeinheit untergeordnet. Sie haben Arbeitszeitverlängerung und Ueberstüchen auf sich genommen, um die Wirtschaft in Gang zu bringen. Sie wenden sich heute an die Allgemeinheit um Schutz gegen völlige Verelendung des Bergarbeiterstandes. Diese kann nur abgewehrt werden, wenn Produktion und Absatz nach gemeinschaftlichen Grundfragen geregelt werden.“

Heinrich Limberg' Heimgang.



Ein gewaltiger Leichenzug brachte die letzten Ueberreste unseres verstorbenen Redakteurs Heinrich Limberg am Donnerstag, dem 7. April, zum Friedhof in Essen-Bredeney. In seinem Grabe schiedte ihm zuerst Paul Gerlach, sein Parlamentskollege, im Auftrage der Gesamtpartei, der Reichstagsfraktion und des Wahlkreises Düsseldorf-Ost die letzten Scheidegrüße nach. Noch einmal erstand das politische Lebenswerk des Toten vor dem geistigen Auge der Trauergemeinde. Paul Gerlach zeigte auf, wie Heinrich Limberg von früher Jugend auf ohne Unterlaß, erfüllt mit glühendem Glauben an den Sozialismus, an dessen Verwirklichung gearbeitet hat. Die Parteigenossenschaft seines Wahlkreises, ebenso aber auch die Parlamentsvertretung der Gesamtpartei wisse ihm für sein Tun

heissen Dank. Wenn heute die politische Stellung des deutschen Arbeiters erträglich sei und seine Mitwirkung am Staatsleben sich auf der Plattform der Gleichberechtigung vollziehe, dann sei das zum großen Teile dem Wirken des Toten zu danken, der gerade in Rheinland-Westfalen, dem klassischen Boden des proletarischen Freiheitsringens, so gute Arbeit geleistet hat.

Anschließend sprach der Vorsitzende unseres Verbandes, Fritz Hufemann, der insbesondere die Verdienste von Heinrich Limberg würdigte, die er sich im Kampf für das Wohlergehen der Bergarbeiter erworben hat. Zehn Jahre stand der Tote in unserem aktiven Kampfe als Redakteur unseres Verbandsorgans, in welcher Stellung er hervorragend wirkte. Immer wäre Heinrich Limberg mit seinem wertvollen Rat dagewesen, wo schwierige Stunden über uns hereinbrachen. Wie der jüngste von allen, so habe er sich stets der Agitation zur Verfügung gestellt und nie Ruhebedürfnis geäußert. Als Schriftsteller und Redakteur wäre Limberg ebenso von allen geachtet, wie von den Gegnern gefürchtet gewesen. Viel habe die Bergarbeiter-schaft ihm zu danken, was nur derjenige weiß, dem sein wahres und wirkliches Schaffen aus nächster Nähe bekanntgeworden sei. Auch in der Internationale der Bergarbeiter wäre der Tote einer der geachteten Vertreter gewesen. Nicht daß allein die deutsche Bergarbeiter-schaft ihm vieles über den Tod hinaus zu danken hätte, sondern die ganze europäische Bergarbeiter-schaft, soweit ihr bis jetzt aus der internationalen Zusammenarbeit der Landesverbände Nutzen erstanden ist. Hufemann rief deshalb den tiefen Dank von uns allen dem Toten ins Grab hinunter mit der Versicherung, daß wir in seinem Geiste weiterbauen werden an dem großen Werk, dem er sein Leben geopfert hat und nicht ruhen, bis der Bergmann sein volles Recht gefunden hat.

In weiteren Traueransprachen gedachten Gausekretär Petersdorf (Düsseldorf) des immer raperen Reichsbannerkameraden, der Parteivor-sitzende des Unterbezirks Essen der SPD, Wermelskirchen, des immer in der Arbeiterbewegung hervorragend tätigen Parteigenossen und Gewerkschafters, Sieinöwe des immer freudigen und großen Kollegen in der Redaktion der früheren Essener „Arbeiterzeitung“.

Wir nehmen die Gelegenheit wahr, um an dieser Stelle allen, die unserem Verbands anlässlich des Todes unseres Redakteurs Heinrich Limberg ihr Beileid ausgesprochen haben, zu danken. Wie beliebt und anerkannt der Tote war, beweisen die Duzenden von Beileidstelegrammen und -schreiben aus der ganzen deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Ebenso sandten Beileidschreiben viele öffentliche Behörden und Verwaltungsorgane. Aus allen geht hervor, wie geachtet und geehrt der Tote war. Ehre seinem Gedenken!

Jahrestreffen unseres Verbandes.

Bezirk Halle.

Am 3. April hielt der Bezirk Halle seine Jahrestagung im „Volkspark“ zu Halle ab. In dem Geschäftsbericht, den Kamerad Reddigau gab, führte er aus, daß das Geschäftsjahr 1931 infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise und der ungeheuren Arbeitslosigkeit kein günstiges Jahr für die Organisation war. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben auch in unserem Bezirk und den Bergbauarten, die von uns betreut werden, nachhaltige Wirkungen erzeugt.

Die Produktion ist im vergangenen Jahre im Vergleich zu 1929 von 117,6 auf 88,4 Mill. Tn. zurückgegangen. Desgleichen hat auch die Briquettherstellung eine gewaltige Einbuße erlitten. Wie in der Produktion, ist auch in der Belegschaftsentwicklung eine stark rückläufige Tendenz festzustellen. Die Zahl der Arbeiter ist von 79 000 im Jahre 1929 auf 57 000 in 1931 zurückgegangen. Ebenso haben sich auch im Kalibergbau die Verhältnisse stark verschlechtert. Hier ist der Absatz von 13,6 Mill. Dz. im Jahre 1929 auf 9,6 Mill. Dz. K.O. in 1931 zurückgegangen. Zur Zeit werden im gesamten Kalibergbau nur noch rund 12 000 Arbeiter beschäftigt, die zum Teil nur drei oder vier Tage in der Woche arbeiten. Im Mansfelder Kupferschieferbergbau sind infolge des rapiden Preisrückgangs für Kupfer auf dem Weltmarkt die Verhältnisse noch trostloser geworden, als sie im Vorjahre waren.

Die Belegschaftszahl ist ungefähr stabil geblieben, während die Feierlichkeiten, hauptsächlich in den weiterverarbeitenden Betrieben, zunahm. Auch in den übrigen Sparten, z. B. der Salinen, des Schwer- und Fuhrpats hat die Wirtschaftskrise zu einer schlechten Beschäftigung und zu ungünstigen Abwagerverhältnissen geführt. Trotz dieser wirtschaftlichen Schwierigkeiten hat unser Verband im vergangenen Jahre eine ganze Reihe von Tarifbewegungen durchzuführen gehabt. Im Frühjahr unternahmen wir in der Braunkohle einen Vorstoß zwecks Verkürzung der Arbeitszeit. Durch eine Vereinbarung gelang es, den Achtstundentag über Lage und die achtstündigen Schichten unter Lage wieder einzuführen. Die Folge dieser Arbeitszeitverkürzung bestand in einer nicht unerheblichen Einstellung Arbeitsloser. Leider wurden diese Neueinstellungen durch die spätere Entwicklung durch Entlassungen wieder aufgehoben. Infolge der langen Tarifvertragsdauer war es den Unternehmern nicht möglich, den Lohn abzubauen. Erst durch die Vierte Notverordnung haben wir auch im Braunkohlen- und Kalibergbau eine 15prozentige Lohnherabsetzung aufgezwingen bekommen. Im Mansfelder Erzbergbau erfolgten der besonderen Verhältnisse wegen gewaltige Lohnabzüge.

Außer den Tarifbewegungen hat sich der Bezirk darum bemüht, Erleichterungen für seine Mitglieder zu erreichen. So konnte eine Erhöhung der Werbungskosten bei der Lohnsteuer erzielt werden. Desgleichen sind unsere Bemühungen bei den mitteldeutschen Bergmannsverbänden auf Herabsetzung der Miet nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Umfangreich war der Rechtsschutz, der den Kameraden im Laufe des Jahres gewährt wurde. Ingesamt konnten durch den Verband den einzelnen Mitgliedern 166 000 M. vor den Gerichten und Sozialversicherungsinstanzen erstritten werden. Rechnet man die Entschädigung für stillgelegte Kaliberwerke hinzu, so kommt man auf eine Summe von über 700 000 M., die den Bergarbeitern durch ihre Organisationsvertretung erstritten wurden.

In über 1000 Versammlungen, Konferenzen und Sitzungen wurde die engste Verbindung zwischen Bezirksleiter, Geschäfts-

stellen und Mitgliedschaft aufrechterhalten und alle die notwendigen Arbeiten durchgesprochen, um sie zum Wohle der Mitgliedschaft zu erledigen.

An Posteingängen hatte der Bezirk 2502, an Ausgängen 4213 zu verzeichnen. Hierbei ist der ganze Postverkehr zwischen Zahlstellen, Mitgliedern und Geschäftsstellen unberücksichtigt. Trotz angelegentlichster Tätigkeit war es nicht möglich, die Mitgliederzahl zu halten. Das ist leicht erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß einige zehntausend Arbeiter weniger beschäftigt sind und bekanntlich bei Entlassungen Organisierte von reaktionären Wertselektionen bevorzugt werden. Trotzdem können wir feststellen, daß unter Berücksichtigung der schweren Wirtschaftskrise und all ihrer Folgen für die Arbeiter-schaft unsere Organisation im Bezirk Halle durchaus gefestigt da steht. Wenn wir so leiblich durch die Krise hindurchgekommen sind, so haben wir das in erster Linie unseren Funktionären und Geschäftsführern zu verdanken.

Aus dem Kassenbericht des Kameraden Berg war zu entnehmen, daß der Markenumsatz mit der Hauptkasse einen Betrag von 664 454 M. erreicht hat. An Unterstützungen für Kranke wurden 66 662 M., an Arbeitslose 196 824 M., an Kurzarbeiter 146 887 M. gezahlt. An besonderen Unterstützungen wurden 9985 M. ausgegeben. An Rechtschutzkosten sind 1751 M. entfallen. Die Bezirkskasse bilanziert mit 214 825 M. in Einnahme und Ausgabe. Erwähnenswert ist, daß vom Bezirk für Bildungszwecke der Funktionäre und der Mitglieder 2342 M. ausgegeben wurden.

Kamerad Meier gab daraufhin den Revisionsbericht, in dem er mitteilte, daß seitens der Bezirkskommission die Bezirkskassen öfters geprüft und Belege und Bücher in Ordnung befunden worden sind. Er stellte deshalb Antrag auf Entlastung. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso einstimmig wurden die ausgeschiedenen Mitglieder aus der Bezirkskommission durch die Konferenz wiedergewählt.

Der zweite Vorsitzende unseres Verbandes, Kamerad Aug. Schmidt (Bochum) hielt ein instruktives Referat über „Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung“. Nachdem Kamerad Wolfram dann noch ein kurzes Referat über „Gewerkschaften und Eisenerne Front“ gehalten hatte, in dem er auf die Notwendigkeit der Eingliederung der Gewerkschaftsmitglieder in die Eisenerne Front hinwies und stärkste Aktivität in den nächsten Wochen zur Abwehr des Faschismus forderte, konnte Kamerad Reddigau mit einem anfeuernden Schlußwort die Konferenz schließen.

Geschäftsstelle Merseburg.

In einer großen Funktionärskonferenz, die am 20. März in Geseiröhlitz tagte, erstattete Kamerad Geds den Geschäftsstellen und Kassenbericht über das Jahr 1931. Entlassungen, Feierlichkeiten und Stillelegungen waren an der Tagesordnung. Notverordnungen mit einem enormen Lohnabbau und Rentenabzug drückten die Lebenshaltung der Bergarbeiter auf ein unerträgliches Maß herunter. Not und Elend in den Belegschaften erzeugten eine starke Erbitterung. In dieser Situation machten die Wertselektionen große Anstrengungen, um die „gelbe Gefahr“ (Wertberene) hochzupöppeln. Selbst unsere Betriebsräte blieben nicht verschont und wurde manchem mit allen Mitteln zugeführt, um sie für die Gelben zu gewinnen und gegen unsere Organisation scharf zu machen. Aber alle Mühen und Kosten

waren vergebens. Es konnte am Schluß des Jahres festgestellt werden, daß bei 76 Neuaufnahmen und 194 sonstigen Zugängen (bei insgesamt 164 Abgängen) trotz der zermürbenden Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit noch eine Vorwärtsentwicklung zu verzeichnen war.

Bei den Betriebsratswahlen konnten wir auch unsere alten Positionen fast reiflos behaupten. Nur in einer Grube mit 100 Mann Belegschaft konnten mit Unterstützung der Grubenbeamten die Gelben drei Mandate gewinnen. Auf dem Gebiete des Preisabbaues und der Mietensenkung wurden wirklich gute Resultate erzielt. Auf dem Gebiete des Rechtschutzes konnten an den Arbeitsgerichten 3118 Mark, bei Sozialversicherungsbehörden 2893,80 M. und bei anderen Behörden und Gerichten 6213,75 M. erkämpft werden. In Arbeitslose und Kurzarbeiter wurden im letzten Jahre 23 324,83 M. und an Kranke Mitglieder 1683,30 M. an Unterstützungen ausgezahlt. Die Richtigkeit des Kassenberichts wurde durch die Revisionen bestätigt und Entlastung beantragt.

Kamerad Wolfram (Halle) hielt dann einen tiefgeschürften Vortrag über „Die Wirtschaftskrise und die Verstaatlichung der Bergbau- und Eisenindustrien“. Der allgemeine Beifall der Delegierten bestätigte dem Referenten, daß er den Anwesenden einen großen Dienst geleistet und neue Impulse zur intensiven Arbeit im Interesse der Bergarbeiter gegeben habe. Besonders waren es die Forderungen nach verkürzter Arbeitszeit, die Einführung des Rührperfsystems und die Verstaatlichung des Bergbaues, die den ungeteilten Beifall der Versammelten fanden.

Mit dem Geföbnis, in der Eisernen Front tatkräftig mitzuwirken, um bei der Freiköwahl den Faschismus niederzuringen und damit die Demokratie zu retten, fand die eindrucksvolle Jahresversammlung ihr Ende.

Wege zur Arbeitsbeschaffung.

Die Arbeitsbeschaffung wird in Unternehmerkreisen häufig mit der Behauptung bekämpft, es gäbe zur Zeit keine dringenden Arbeitspläne, die einer besonderen Förderung durch den Staat bedürften. Diese Behauptung straft der Bericht des Reichswirtschaftsrats über die Arbeitsbeschaffung Lügen. Aus diesem Bericht geht hervor, daß es dringende Arbeitspläne, Durchführung von Arbeiten, die volkswirtschaftlich wichtig und in jeder Beziehung lohnend sind, zur Zeit in Hülle und Fülle gibt. Bei der Reichsbahn, Reichspost, für den Ausbau des verstaatlichten Straßennetzes, im Hochwasser-schutz, für landwirtschaftliche Meliorationen und zur Verbesserung der Milch-wirtschaft gibt es u. a. dringende Arbeitsgelegenheiten. Allein beim Ausbau des Straßennetzes könnten, wenn die nötigen Kredite zu beschaffen wären, 360 000 Arbeitskräfte nützlich beschäftigt werden. Die größte Bedeutung wird im Bericht der Vornahme von Hausreparaturen zugeschrieben. Diese Arbeiten sind nicht nur deshalb von größter Wichtigkeit, um den arbeitslosen Bauarbeitern, die in Neubauten nur in sehr geringem Umfang beschäftigt werden können, Beschäftigung zu bieten, sondern die Instandhaltung der Wohnungen ist auch zur Verhütung schwerer Verluste an Volkswerten, die sich aus der Vernachlässigung der Reparaturen ergeben, unbedingt erforderlich. Die Reparaturarbeiten unterbleiben heute nicht zuletzt deshalb, weil die Handwerker und Bauunternehmer keine Kredite für Reparaturen geben. In Deutschland waren von den 15,8 Millionen Wohnungen mehr als 86 Prozent Altwohnungen, die sich auf eine Million Häuser verteilen. Vor zwei Jahren wurden die Reparaturkosten für eine Million Althäuser mit 2000 M. je Haus, also insgesamt im Betrag von 2 Milliarden Mark angegeben. Bei den gesunkenen Materialpreisen und Löhnen wären heute etwa 25 Prozent davon abzusehen. Bei diesem Aufwand wären eine Neueinstellung von 400 000 Bauarbeitern und 2- bis 300 000 Arbeitern in den Baustoffindustrien möglich. Indessen scheitern die Reparaturarbeiten an Schwierigkeiten der Finanzierung. Der Reichswirtschaftsrat redet den Banken gültig zu, Reparaturkredite herzugeben und verweist auf das haperische Vorbild. Auch betont er, daß die Hypothekendarlehen und Haftpflichtversicherungsgesellschaften ein erhebliches Interesse an der Erhaltung des Althausbesitzes haben müssen. Es muß leider bezweifelt werden, daß die Banken, die jetzt große Anstrengungen machen, um die Flüssigkeit ihrer Anlagen zu erhöhen, zur Her-gabe länger befristeter Reparaturkredite sich bereit finden. Die Finanzlage des Staates erlaubt nun nicht, größere Summen für Reparaturzwecke aus den gegenwärtig bereitstehenden Staatsmitteln herzugeben. Trotzdem hätte von Staats wegen noch manches für die Erleichterung von Hausreparaturen geschehen können, vor allem durch zweckmäßige Verwendung der Hauszinssteuer.

Die freien Gewerkschaften werden auf ihrem Kongress am 13. April diese Tatsachen herausstellen und Maßnahmen aufzeigen und fordern, die zu umfassender Arbeitsbeschaffung führen können.

Arbeitsdienstplicht auch für Frauen fordern die Nazis.

Eine den Nazis nahestehende Vereinigung, die Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstplicht (Rada) arbeitete einen Gesetzentwurf zur Durchführung der Arbeitsdienstplicht für Männer aus, den sie aber, wie das Organ des Landbundes mitteilt, der Öffentlichkeit nicht bekanntmachen will. Mit der Arbeitsdienstplicht für Männer ist es aber der Rada noch nicht getan und so hat sie auch Richtlinien für die Arbeitsdienstplicht der Frauen ausgearbeitet. Die Frauen im Alter zwischen 14 bis 25 Jahren sollen zur Arbeitsdienstplicht für ein Jahr verpflichtet werden. Vor Abschluss des Pflichtjahres dürfen die Frauen nicht heiraten. Die Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Kleidung fallen dem Staat zu. Als Arbeitsgebiete für die Arbeitsdienstplicht der Frau sind Landwirtschaft und Hauswirtschaft in Aussicht genommen. „Der Landbund“, das Organ der Großlandwirtschaft, kann sich für die Arbeitsdienstplicht der Frauen in der Landwirtschaft nicht erwärmen, hält aber die Einführung der Arbeitsdienstplicht in der Hauswirtschaft als eine praktisch lösbar und auch notwendige Aufgabe!

In der Praxis hieße das nur, daß die Arbeiter-töchter zur Dienstplicht in den Haushalt des „Herrnvolks“ kommandiert würden. Arbeitendes Volk, merkt du bald, warum sich selbst der frühere Kronprinz für die Hitlerpartei einsetzt?!

16. Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 10. April bis 16. April 1932

Tariffündigungen im Bergbau.

Am Ruhrbergbau wurde der Manteltarif von den Unternehmern zum 31. Mai gekündigt.

In Niederschlesien kündigten die Unternehmer den Manteltarifvertrag zum 30. Juni.

In Niedersachsen kündigten die Unternehmer den Manteltarifvertrag zum 30. April.

Am Braunkohlenbergbau Köln und Hessen kündigten die Unternehmer den Manteltarifvertrag zum 30. April.

Im Mansfelder Kupferbergbau wurde von den Gewerkschaften das Ueberarbeitsabkommen zum 30. April gekündigt. Daraufhin kündigten die Unternehmer den Manteltarifvertrag ebenfalls zum 30. April.

Am Erzbergbau kündigten die Unternehmer den Manteltarifvertrag für die Iseder Hütte und den Nordwestlichen Harz zum 30. April d. J.

Für die Mel- und Zinkgrube Ransbed wurde von den Unternehmern der Lohnvertrag zum 30. April gekündigt.

Von diesen Kündigungen werden insgesamt 263 Betriebe mit 255 000 Belegschaftsmitgliedern betroffen.

Kameraden! Diese Tariffündigungen bedeuten neue Angriffe auf eure Tariffeste. Darum stärkt die Abwehrfront! Hinein in den Bergbauindustriearbeiterverband!

Der § 11.

Die Direktion von Friedrich der Große berichtigt.

Die Direktion der Zeche Friedrich der Große fordert uns unter Bezugnahme auf den § 11 des Preßgesetzes auf, eine Berichtigung aufzunehmen. Wir möchten den Herren den Rat geben, daß sie, wenn sie sich schon auf eine gesetzliche Bestimmung berufen wollen, diese etwas näher studieren. Der § 11 des Preßgesetzes hat nämlich mit seinem Namensvetter, der einem schon mal bei heiteren Gelegenheiten begegnet, nichts zu tun. Das Preßgesetz ist eine ernste Sache. Wir könnten nämlich die „Berichtigung“ den Leuten mit dem Bemerkten, daß sie den Bestimmungen nicht entspricht, einfach zurückschicken. Wenn wir das nicht tun, so deshalb, weil wir bei gewissen Leuten die notwendige Gesekstennntnis sowie wo nie voraussetzen. Auch werden wir davon Abstand nehmen, die für die Veröffentlichung gemäß § 11 des Preßgesetzes (siehe Kommentar) fälligen Einrückungsgebühren bei den Herren zu liquidieren. Die Berichtigung lautet:

„In Nr. 11 der „Bergbau-Industrie“ vom 12. März 1932 wird über eine Verhandlung vor dem Bochumer Schöffengericht berichtet, in der der Hauer Bot, der den tödlichen Unfall des Schießhauers Otto und des Havers Oberbed verschuldet hat, zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Der Bericht enthält unwahre Darstellungen. Angeblich sollen die Leute keine Wasser- schutzmittel gebraucht und mit ungeschützten Patronen besetzt haben. In Wirklichkeit sind aber Schacht-Eschbachzündler benutzt worden, die gegen Wasser unempfindlich sind. Es kann auch keine Rede davon sein, daß durch die Benutzung von wasser- dichten Zündern den Leuten das Schießen verteuert worden sei. Für die Berechnung des jeweils zur Verwendung kommenden Sprengstoffes sowie der Zündmittel besteht in unserem Betrieb eine allgemein gültige Regelung. Danach werden Sprengstoffe und Zündmittel ohne Rücksicht auf die verwendete Sorte zu einem Einheitspreis in Rechnung gestellt, der unter dem Einkaufspreis liegt. Es lag somit weder ein Anlaß noch überhaupt die Möglichkeit vor, durch Gebrauch von billigerem Sprengstoff zu sparen. Es kann auch keine Rede davon sein, daß die Leute durch ein Antreibsystem dazu getrieben worden seien, das Schießen möglichst billig zu gestalten, weil sie es bezahlen mußten. Das Gedinge war in dem Querschlag so gesetzt, daß die Leute den tariflichen Hauerdurchschnittslohn gut erreichen konnten. Die Kameradschaft, der die genannten Leute angehörten, hatte im Monat vor dem Unfall 11,87 M. je Schicht verdient, während der tarifliche Hauerdurchschnittslohn 9,21 M. betrug. Im September belief sich der Lohn auf 9,70 M., obwohl die Leistung durch den Unglücksfall naturgemäß stark gelitten hat. Ferner ist auch die Behauptung unwahr, die Aufsichtspersonen hätten es mit angesehen oder gewußt, daß ein anderer als der Schießberechtigte die Schüsse auslöste. Ein solcher Verstoß gegen die Bergpolizeiverordnung hätte bei der Untersuchung des Unglücksfalles durch die Bergbehörde nicht ver- borgen bleiben können und die strafrechtliche Verfolgung un- weigerlich zur Folge haben müssen. Der Schießberechtigte, der als langjähriger Schießhauer genau wußte, daß kein anderer es allein zum Auslösen der Schüsse berechtigt war, hat leicht- sinnigerweise einen seiner Kameraden mit dieser Arbeit beauftragt. Die Aufsichtspersonen der Mitwisserschaft zu bezich- tigen, ist daher gleichfalls eine völlig haltlose Behauptung. Der Vorwurf einer „gemeingefährlichen Heuchelei“, weil man ange- geblich die Leute bewußt hätte schuldig werden lassen, entbehrt somit jeder Berechtigung.“

Vor Irrtum und unzutreffenden Berichten ist keine Zeitung geschützt. Die allgemein anerkannte Stellung unserer Zeitung bedingt schon an sich, daß wir uns unterlaufene Unrichtigkeiten korrigieren. So gestehen wir auf Grund nochmaliger Prüfung, daß wir im Falle Friedrich der Große die Behauptung von der Sprengstoffverteuerung durch Mäffelschuh nicht aufrechterhalten können. Interessant aber bleibt die Tatsache, daß die Berichtiger sich hinter dem breiten Rücken der Bergbehörde verkrüchten mit dem Argument, daß Unregelmäßigkeiten nicht vorgekommen sein können, weil das doch die Bergbehörde hätte feststellen müssen. Wir haben aber nachträglich festgestellt, die die Abschlußstelle trotz großer Rasse unnötig weit vom Ort entfernt war. Auch ist festgestellt, daß der Zustand des verbotswidrigen Abschießens schon lange bestanden hat. Hat nun niemand von der Berufs- verwaltung oder ihren Organen diese Zustände bemerkt? Wirk- lich nicht, ihr Herren? Dann behaupten wir, daß man mit ver- bundenen Augen dort wochenlang vorbeigelaufen ist. Vom Grundfähigkeit unserer Kritik brauchen wir also nichts zurück- zunehmen.

Aus dem Ruhrrevier.

Wir greifen an!

Die RGD. verliert rund 50 Prozent ihrer Stimmen bei der Betriebsratswahl auf Zeche Friedrich Heinrich!

Auf den Zechen de Wendel, Rabod, Graf Schwerin und auf Friedrich Heinrich in Linfort haben in den letzten Wochen Betriebsratswahlen stattgefunden, auf die die Mitglieder des „Einheits“verbandes große Hoffnungen gesetzt hatten. Die bis jetzt vorliegenden Resultate haben gezeigt, daß bei sämtlichen

Wahlen, soweit sie stattgefunden haben, die RGD. die Hälfte ihrer Stimmen eingebüßt hat!

Am 6. April fand die Wahl des Betriebsrats auf Zeche Friedrich Heinrich (Linfort) statt. Es erhielten Stimmen:

Bergbauindustriearbeiterverband	1932	1931
Christlicher Gewerksverein	1075	1190
„Einheits“verband (RGD.)	788	814
„Deutscher Arbeiter“ (Weibe)	1046	2003
Nazis	73	117
	409	250

Der Belegschaftsabbau beträgt seit dem Vorjahr 22,2 Proz. Der Rückgang der Stimmen für die einzelnen Organisationen beträgt für den Verband 9,6, christlichen Gewerksverein 3,1, RGD. 47,7, „Deutscher Arbeiter“ (Weibe) 37,6 Prozent. Unser Verband hat gegenüber 1931 sein Stimmenverhältnis an den ab- gegebenen Stimmen von 24,8 auf 31,4 Prozent im Jahre 1932 gesteigert, so daß trotz des Belegschaftsabbaues von 22,2 Proz. der Verband eine Zunahme von 6,6 Proz. hat. Das Wahlergebnis von Friedrich Heinrich zeigt, daß ein Teil der früheren Wähler der RGD. seine Stimme den Nazis gegeben hat und daß diese beiden Gruppen, genau wie bei den politischen Wahlen, auch in den Betrieben Hand in Hand arbeiten und sich gegenseitig unterstützen!

Kameraden! Ein Teil der der RGD. verloren- gegangenen Stimmen ist von den Nazis erobert worden. Das bedeutet, daß auch im Bergbau

die „Einheits“verbändler die Steigbügel- halter der Nazis

sind. Es ist Aufgabe aller unserer Verbandsmit- glieder und Funktionäre, den Angriff auf die Gegner unseres Verbandes, vor allem auf die RGD. und die Nazis, zu verstärken!

Die Schuld, daß die Bergarbeiterschaft noch nicht stark genug organisiert ist, trifft die

berufsmäßigen Arbeiterzerpflitterer,

die RGDisten, die RGD., „Einheits“verbändler und die Nazis. — Kameraden! Nutzt die Gelegen- heit, klärt alle irregeleiteten Bergarbeiter und die Indifferenten auf! Den Monat April benutzen wir als Generalangriff gegenüber allen denen, die ge- werkschaftsfeindlich sind und sich drücken wollen!

Werbt neue Mitglieder!

Bergarbeiter, Kameraden! Unterschreibt nicht!

Von Zeche Ewald 3-4 in Buer-Nesse wird uns mitgeteilt, daß allen Belegschaftsmitgliedern, die im Jahre 1930 angelegt worden sind und ihren tarifmäßigen Urlaub nach drei Monaten bzw. nach einem Jahre erhalten haben, eine Liste zur Unter- schrift vorgelegt wurde, in welcher dargelegt ist, daß die Be- treffenden im Jahre 1931 ihren Urlaub zu Unrecht erhalten haben und infolgedessen auf den Urlaub für das Jahr 1932 verzichtet.

Die in Frage kommenden Kameraden haben nur bedin- gungsweise unterschrieben. Die Unterschriften sind, sicher mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, geleistet worden, um der eventuell drohenden Arbeitslosigkeit zu entgehen.

Unter Vorpiegelung falscher Tatsachen sind hier die Unter- schriften von der Zechenverwaltung ergattert. Nach § 4 Ziffer 2 des Tarifvertrages ist die Voraussetzung für den Anspruch auf Urlaub ein einjähriges, ununterbrochenes Arbeitsverhältnis auf Bergwerken des Zechenverbandes und für die Gewährung des Urlaubs ein dreimonatiges Arbeitsverhältnis bei demselben Ar- beitgeber seit der letzten Auflegung. Diese Voraussetzungen waren auf Ewald 3-4 erfüllt und der Urlaub zu Recht gewährt.

Die Urlaubskürzung, um die sich die Unternehmer bei den Tarifverhandlungen bisher vergeblich bemühten, verluchen sie wenigstens bei einem Teil der Arbeiter auf trunnum Wege zu erreichen.

Bergarbeiter, seid auf der Hut und laßt euch eure tariflichen Rechte nicht willkürlich schmälern! Stärkt den Bergbauindustriearbeiterverband und werbt Mitglieder für denselben!

Lehrlingsausbildung im Bergbau.

Zehn Jahre Ausbildung und Gesellenprüfung der Zechen- werkskattlehrlinge im Bezirk der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets.

In den früheren Jahren bestand über die Ausbildung und Gesellenprüfung der Zechenwerkskattlehrlinge keine einheitliche Regelung. Im Gegensatz zu den Handwerkern, die aus Privat- oder Fabrikbetrieben hervorgegangen waren, war es den aus Zechenwerkskattbetrieben hervorgegangenen Handwerkern kaum möglich, Beschäftigung als Handwerker in einem anderen Be- triebe als dem der Zeche aufzunehmen, weil sie nicht als ge- lerne Handwerker angesehen wurden. In den meisten Werks- stätten der Zechen wurden junge Leute nicht etwa als Lehrlinge im Sinne der Gewerbeordnung eingestellt, sondern sie wurden als jugendliche Arbeiter beschäftigt.

Im Jahre 1920 wurde diese Frage Gegenstand der Be- ratung in der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhr- gebiets. Es wurde ein Entwurf über Richtlinien des Lehr- lingswesens in Bergwerksbetrieben nebst zugehörigem Lehr- vertrag ausgearbeitet, der in der Plenarsitzung der Arbeits- kammer am 25. Januar 1921 vor allen drei Gruppen (Arbeit- geber, Arbeiter und Angestellte) einstimmig angenommen wurde.

Das Handelsministerium, welchem der Entwurf zur Durch- führung einer einheitlichen Regelung des gesamten Lehrlings- wesens in Bergwerksbetrieben unterbreitet worden war, ver- anlaßte das Oberbergamt in Dortmund um Stellungnahme zu dieser Eingabe, sowie um Feststellung, wie zur Zeit in seinem Bezirk die Ausbildung der Zechenwerkskattlehrlinge und ihre etwaige Abschlußprüfung geordnet seien. Die Prüfung dieser Frage ergab eine große Verschiedenheit in der Ausbildung der Werkskattlehrlinge, so daß eine möglichst einheitliche Regelung durchaus empfehlenswert erschien. In einer Reihe anschließender Besprechungen im Oberbergamt mit den Vertretern der in Be- tracht kommenden Handwerkskammern zu Düsseldorf, Dortmund und Münster sowie der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau

des Ruhrgebiets in Essen wurde Uebereinstimmung über die endgültige Fassung der Richtlinien und des Lehrvertrages, sowie in allen übrigen grundsätzlichen, mit der Ausbildung und Ge- sellenprüfung der Zechenwerkskattlehrlinge zusammenhängenden Fragen erzielt. Da es sich um ein freiwilliges Abkommen han- delte, das nur bis zur späteren gesetzlichen Regelung der Ange- legenheit gelten sollte, erklärten sich die drei Handwerkskammern bereit, die Prüfung der Zechenwerkskattlehrlinge durch ihre Prüfungsausschüsse unter Hinzuziehung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern aus dem Bergbau nach den von der Arbeitskammer aufgestellten Richtlinien ab 1. April 1922 vor- zunehmen.

Nachdem seit dem Inkrafttreten der freiwillig vereinbarten Richtlinien des Lehrlingswesens in Bergwerksbetrieben zehn Jahre verfloßen sind, erscheint es als zweckdienlich, die Ergeb- nisse der neuen Regelung während der verfloßenen zehn Jahre bekanntzugeben.

Was die Lehrlingsausbildung betrifft, so sind hierzu zu- nächst im Bergbau angestellten Handwerksmeister berechtigt, welche das 24. Lebensjahr vollendet und die Meisterprüfung abgelegt haben.

Die Ausbildung und Gesellenprüfung der Zechenwerkskatt- lehrlinge erfolgt in den Handwerkszweigen als Elektriker, Maler, Klempner, Maurer, Schlosser, Schmiede und Schreiner. Von den Personen, denen das Oberbergamt bisher auf Grund der vorgenannten Ausnahmebestimmung die Befugnis zur Ausbil- dung von Lehrlingen erteilt hat, entfallen auf den Handwerks- zweig Schmiede 131, Schreiner 85, Schlosser 83, Elektriker 83, Maler 19, Klempner 15 und Maurer 4.

Seit Einführung der Gesellenprüfung der Zechenwerkskatt- lehrlinge, denen darüber ein Gesellenbrief ausgehändigt wird, hat die handwerksmäßige Lehrlingsausbildung erfreuliche Fort- schritte gemacht. Es haben bisher insgesamt 2210 Lehrlinge die Gesellenprüfung bestanden, und zwar im Jahre 1922: 145 Lehr- linge, 1923: 263, 1924: 193, 1925: 309, 1926: 272, 1927: 184, 1928: 272, 1929: 162, 1930: 200 und 1931: 210 Lehrlinge.

Von den Prüflingen haben die Prüfung bestanden mit „sehr gut“ 45 Gesellen (2 Proz.), mit „gut“ 906 Gesellen (41 Proz.), mit „genügend“ bis „gut“ 693 Gesellen (31,4 Proz.), mit „ge- nügend“ 566 Gesellen (25,6 Proz.), zusammen 2210 Gesellen.

Der Erfolg ist als durchaus befriedigend zu bezeichnen, da 43 Prozent der Lehrlinge die Gesellenprüfung mit „sehr gut“ und „gut“ sowie weitere 31,4 Prozent mit „genügend“ bis „gut“ und nur 25,6 Prozent mit „genügend“ bestanden haben.

Von 176 Lehrlingen, also von 7,38 Prozent ist die Gesellen- prüfung nicht bestanden worden. Hierzu sei bemerkt, daß in den ersten Jahren die Zahl der Nichtbestandenen erheblich höher war als in den letzten Jahren. Betrug die Zahl der Nicht- bestandenen im Durchschnitt in den ersten fünf Jahren noch 19 Prozent, so ist sie in den letzten fünf Jahren bereits auf durchschnittlich 4,1 Prozent gesunken. Im letzten Jahre betrug sie soaar nur noch 1,27 Prozent! Daß die Prozentzahl der Nicht- bestandenen in den ersten Jahren bedeutend höher liegt als in den letzten Jahren, ist zum Teil darauf zurückzuführen, weil zur Vermeidung besonderer Härten bis Ende 1926 auf Grund der Uebergangsbestimmungen auch solche Personen zur Gesellen- prüfung zugelassen werden konnten, die keinen ordnungsmäßigen Lehrvertrag abgeschlossen hatten, die aber mit handwerksmäßigen Arbeiten beschäftigt worden waren. Auf Grund dieser Ueber- gangsbestimmungen haben sich in den ersten Jahren viele Per- sonen zur Gesellenprüfung gemeldet, die aber den an sie ge- stellten Anforderungen für die Ablegung der Gesellenprüfung nicht genügten.

Aus den vorgenannten Zahlen ergibt sich, daß die Aus- bildung der Zechenwerkskattlehrlinge seit Einführung der Rege- lung von Jahr zu Jahr eine bessere geworden ist. Es darf also mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Ergebnisse der Ge- sellenprüfungen der Zechenwerkskattlehrlinge mit denen aus anderen Handwerkszweigen als durchaus gleichwertig anzu- sehen sind.

Es sei zum Schluß auch noch darauf hingewiesen, daß die Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets in ihrer Plenarsitzung am 27. März 1928 beschlossen hat, daß solchen Zechenwerkskattlehrlingen, welche ihre Gesellenprüfung nach Maßgabe der „Richtlinien des Lehrlingswesens in Bergwerks- betrieben“ mit dem Zeugnis „sehr gut“ oder „mit Auszeichnung“ bestanden, eine Auszeichnung in Form eines Buches aus der in Frage kommenden Fachliteratur verliehen wird. Auf Grund dieses Beschlusses sind bisher 7 Elektriker, 7 Schlosser und 1 Klempner ausgezeichnet worden.

Aus dem Saarrevier.

Die Unterstützungslage der Erwerbslosen.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Regierungskom- mission des Saargebiets, nachdem sie bereits durch Notverord- nung den Pensionären und Rentempfängern ihre unzurei- chenden Bezüge gekürzt hatte, nun einen neuen Schlag gegen die Erwerbslosen geführt. Die ganze Regierungsweisheit gegen- über der Erwerbslosenfrage besteht darin, den armen Erwerbs- losen ihre heute schon zum Hungern zwingenden Bezüge zu kür- zen. Die Herren Regierungskommissare stecken fahrlässig ihr eine Viertelmillion Frank betragendes steuerfreies Gehalt in die Tasche und kürzen dafür dem armen Arbeitslosen, der ganze 13 Fr. ohne und 17 Fr. mit zwei Kindern zu verzehren hat, sein jämmerliches Einkommen.

Die Arbeitslosenbezüge betragen ab 1. April 1932 (in Fr.):

für männliche Personen:

- a) über 21 Jahre, sofern sie verheiratet sind und einen eigenen Hausstand führen 9,00
- b) über 21 Jahre, sofern sie ledig und nicht in einem Hausstand aufgenommen sind 8,50
- c) über 21 Jahre, sofern sie ledig und in einem Haus- stand aufgenommen sind 8,00
- d) unter 21 Jahre, aber über 18 Jahre 6,00
- e) unter 18 Jahre 4,00

für weibliche Personen:

- a) über 21 Jahre, sofern sie verheiratet sind 8,00
- b) über 21 Jahre, sofern sie ledig und nicht in einem Hausstand aufgenommen sind 7,00
- c) über 21 Jahre, sofern sie ledig und in einem Haus- stand aufgenommen sind 6,00
- d) unter 21 Jahre, aber über 18 Jahre 5,00
- e) unter 18 Jahre 3,00

als Familienzuschläge für:

- a) den Ehegatten und sonstigen unterstützungs- berechtigten Angehörigen 4,00 3,00
- b) jedes Kind und unterstützungsberechtigten An- gehörigen unter 21 Jahre 3,00 2,00

Bezüge der Erwerbslosen mit Familien im Saargebiet.

Table with 4 columns: Category (e.g., Verheiratete ohne Kinder), Fr., Fr., %.

Regierungskommission und französische Schulen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete des Landesrates, Herrmann Petri, hat der Regierungskommission nachstehende Fälle der Beeinflussung der Bergarbeiter zum Besuch ihrer Kinder in der französischen Schule unterbreitet:

1. Bei dem Bergarbeiter Karl J. Forst aus Wieselstirchen, welcher auf Grube Kohlwald, Annaschacht, beschäftigt ist, ist eines Tages der Direktor der französischen Schule in Wieselstirchen in seiner Wohnung erschienen, um Forst zu bewegen, seine zwei Kinder in die französische Schule zu schicken.

2. Der Bergmann Konrad Welter aus Wieselstirchen wurde kurz vor Ostern 1931 von zwei Lehrern der französischen Schule in seiner Wohnung aufgesucht. Sie erklärten, daß sie im Auftrage des Direktors der französischen Schule zu ihm kämen, um zu fragen, ob er gewillt sei, seine Kinder in die französische Schule zu schicken.

3. Bei dem Bergarbeiter Jakob Eisel aus Hangard, auf Grube Kohlwald als Wiegemeister beschäftigt, erschien der französische Lehrer Krügel aus Wieselstirchen in dessen Wohnung. Da Eisel nicht zu Hause war, jagte der Lehrer zu dessen Frau: „Ich habe gehört, Sie wollten Ihre Kinder in die französische Schule schicken. Wenn Sie das tun würden, könnten für Sie und Ihren Mann große Vorteile daraus erwachsen.“

Wie die Regierungskommission diese Beschwerdefälle erledigt, zeigt deren nachstehende Antwort, nach welcher die Regierungskommission nicht selbst die Beschwerden untersucht, Kläger und Zeugen verhört, sondern nach der Methode, „den Teufel bei seiner Großmutter zu verlagern“, die Untersuchung der Bergverwaltung überläßt.

Die Regierung hat wie folgt geantwortet: „Die durch uns bei der Bergwerksdirektion eingeholten Erkundigungen ergaben folgendes:

1. Fall Forst. Der Direktor Krügel gibt an, den Forst überhaupt nicht zu kennen. (Feine Ausrede. D. R.)

2. Fall Welter. Dieser Fall liegt schon weit zurück, da der Besuch der zwei Lehrer bereits vor Ostern stattgefunden hat. Dagegen ist die Kündigung des betreffenden Arbeiters am 5. November 1931 geschehen. Nach Angabe des Divisionärs ist die getroffene Maßnahme lediglich auf die berufliche Unzulänglichkeit des Betroffenen zurückzuführen und steht in keinem Zusammenhang mit irgendwelcher Schulsache, was schon aus dem viel späteren Zeitpunkt der Kündigung klar hervorgeht.

3. Fall Eisel. Durch die Rücksprache mit Kaufmann wollte dieser letztere lediglich feststellen, ob der ihm als effizienter Gewerkschafter bekannte Eisel tatsächlich beabsichtige, seine Kinder in die Domanierschule zu schicken. (Wer lacht da!) Ebenfalls kann die Rücksprache des Direktors Krügel mit Frau Eisel als Druck nicht aufgefaßt werden, da sie sich lediglich auf den Schulbetrieb bezog. Zu bemerken ist auch, daß weder bei Eisel noch bei Forst irgendwelche dienstliche Benachteiligung eingetreten ist, nach welcher man auf einen Druck schließen könnte.

Unter diesen Umständen erscheint uns eine weitere Befreiung dieser Angelegenheit nicht angebracht.

Der Wiegemeister Eisel wurde am 26. Februar ebenfalls entlassen, ein Beweis, daß die Grubenverwaltung ihre Pflicht nicht sofort, sondern bei der nächst sich bietenden Gelegenheit aus dem Betriebe wirft.

Gegen diesen von der Regierungskommission beliebigen Schatz der Bergarbeiter müssen wir uns ganz energisch verwahren.

Die Deutsche Volkspartei im Saargebiet

will die Saarbergarbeiter nach Lothringen verpflanzen.

Der rührige Großindustrielle Herr Hermann Röschling bemüht sich seit Monaten, die hohen Kohlenpreise zu kritisieren. Diese von der Großindustrie verlangte Herabsetzung der Kohlenpreise hat immer einen besonderen Hintergrund, in welchem sich das schwarzweibrote und blauweibrote Unternehmertum auf einer Linie befindet. Nicht nur die hohen Preise interessieren Herrn Röschling, sondern, wie in der „Saarbrücker Zeitung“ vom 30. März bekannt wurde, hat die Deutsch-Saarländische Volkspartei, vermutlich auf Anregung des Herrn Röschling, eine Eingabe an die Regierungskommission gemacht, um die Saarbergarbeiter nach Französisch-Lothringen zu verpflanzen.

Die Antwort der Regierungskommission an die Deutsch-Saarländische Volkspartei lautet:

„Die Regierungskommission hat von Ihrer Eingabe vom 12. März 1932 betreffend Zunahme der Erwerbslosigkeit unter den Bergarbeitern Kenntnis genommen. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß seitens der Regierungskommission bereits

Schritte unternommen wurden, um nach Möglichkeit die Entlastung saarländischer Bergarbeiter in den nächst der französisch-saarländischen Grenze gelegenen französischen Grubenbetrieben zu bewirken.

Der Generalsekretär der Regierungskommission: Bierrotel. Die im Saargebiet beschäftigten Bergarbeiter leiden schon unter den französisch-saarländischen Unterdrückungsmethoden, wie viel schmerzlicher sind noch die Zustände in Lothringen und es gäbe keinen Grund, die Bergarbeiter aus dem Saargebiet zu verpflanzen. Die lothringischen Gruben haben in den letzten Monaten Laufende von deutschen Bergarbeitern der Grenzgebiete entlassen. Ob dies die Vorbereitungen sind, saarländische Bergarbeiter unterzubringen, konnten wir zur Zeit nicht feststellen; jedoch ist auch der lothringische Bergbau in seiner Belegschaftsziffer rückläufig und ohne Entlassung anderer Arbeitskräfte nicht imstande, dem Willen der Deutsch-Saarländischen Volkspartei zu entsprechen.

Aber auch die Bergarbeiter des Saargebietes haben noch ein Wort mitzureden, wenn man sie unter die unheilbaren Arbeitsverhältnisse nach Frankreich importieren will.

Bezirk Zwidau.

Friedrich Langhorst 60 Jahre alt.

Der Vertrauensmann der Versicherten in der Sächsischen Knappschaft, Fritz Langhorst, vollendet sein 60. Lebensjahr. Er wurde im Jahre 1899 als Bezirksleiter im Ruhegebiet angestellt. 1912 kam er nach Zwidau, nachdem er einige Jahre Arbeitersekretär und Lokalredakteur gewesen war. Seit 1912 war Langhorst dann im Bezirk Zwidau und im Manneschen Grund tätig und hat neben seiner Tätigkeit als Bezirksleiter von 1920 bis 1926 dem Sächsischen Landtag als Mitglied angehört. Seit 1925 ist er als Vertrauensmann der Versicherten bei der Sächsischen Knappschaft angestellt.

Wir grüßen unseren Freund mit dem Wunsche, daß er noch recht lange Zeit im Dienste der Arbeiterbewegung bleiben möge und sich noch recht lange voller Gesundheit erfreuen darf.

Verbandsnachrichten

Kamerad Emil Ständek (Lügendortmund) hat sein Amt als Beisitzer im Vorstand niedergelegt. An seine Stelle wurde Kamerad Heinrich Engelland (Witten-Ruhr), Rüdingerhauser Straße 1, in den Vorstand berufen.

Bücherrevision.

Bochum I. Vom 15. bis 30. April. Bücher bereit halten!

Advertisement for GEG Kautabak, featuring a pipe and text: „Nichts ist würziger!“

Advertisement for health products: „Die Gesundheit wieder erlangt.“, „Sie müssen Briefe schreiben, die Eindruck machen!“

Advertisement for Miele Wassermotor-Waschmaschine, featuring an image of the machine and text: „Einfach, Dauerhaft, Betriebssicher, Preiswert.“

Advertisement for musical instruments: „Direktor Herwig ab Fabrik... Über eine Million Musikfreunde...“

Advertisement for Bettfedern: „Billige böhmische Bettfedern. Nur reine gutfüllende Sorten.“

Advertisement for Edel-Kanarien: „wirdlich keine Sänger der berühmten Harzer Meisterschule.“

Advertisement for Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen: „Die Merkmale aller Miele-Erzeugnisse.“

Advertisement for shoes: „Wieder billiger! - Neue Gänsefedern.“

Advertisement for Bettfedern: „Sächsische Bettfedern. Fabr. P. Hoyer, Delitzsch 79.“

Advertisement for Mann u. Weib: „im Liebesleben vor und in der Ehe schildert Dr. med. Kühner in seinem „Goldenen Buch“.“

Advertisement for Blafate Thüringer Goldglöckchen: „die früheste, gelbfleisch. Delikatess- u. Salat-Kartoffel.“

Advertisement for shoes: „Die neuen Frühjahrschuhe. 6.90.“